



### **Rassismus: Erkennen, benennen und bekämpfen**

Die Proteste gegen Alltagsrassismus und strukturelle Diskriminierung von schwarzen Menschen in den USA haben in Deutschland und vielen anderen Ländern zu einer breiten Solidarisierung geführt. Nicht erst seit dem gewaltsamen Tod von George Floyd wird in unserem Land intensiv über Rassismus diskutiert. Hass tötet auch in Deutschland. Das haben die rechtsterroristischen und rassistischen Attentate von Hanau und Halle sowie der Mord an Walter Lübcke und die des NSU auf schreckliche Weise gezeigt.

Diese Bedrohung, die auf die Grundfesten unserer freiheitlichen-demokratischen Gesellschaft und besonders auf 21 Millionen Bürgerinnen und Bürger mit Einwanderungsgeschichte zielt, muss sich jeder entgegenstellen: Am Arbeitsplatz, im Verein und auf der Straße.

Hass und Gewalt entstehen nicht im luftleeren Raum. Sie gedeihen in einem Klima, in dem Sprache nicht verbindet, sondern ausgrenzt. Sie greifen um sich, wenn politische Parteien nicht an Lösungen für das gute Zusammenleben arbeiten, sondern an der Auflösung demokratischer Prinzipien. Und sie werden zur nicht hinnehmbaren Normalität, wenn unbewusste Vorurteile nicht als rassistisch erkannt und benannt werden. Es geht darum, Rassismus frühzeitig zu erkennen, klar zu benennen und entschieden zu bekämpfen.

Die Debatte, der Umgang und die Auseinandersetzung mit Rassismus zeigen jedoch: Es braucht mehr gebündeltes Wissen, stärkere behördliche Vernetzung sowie ein insgesamt konsequenteres und glaubwürdiges Vorgehen gegen Rassismus: im Alltag, im Internet und in staatlichen Strukturen. Vor allem aber gelingt dies nicht ohne den engen Dialog mit den von Rassismus betroffenen Menschen mit Einwanderungsgeschichte und den sie vertretenden Organisationen.

Als christdemokratische Volkspartei haben wir die Pflicht und Verantwortung, den friedlichen Zusammenhalt aller Menschen in Deutschland zu sichern und zu stärken. Wir stehen für eine vielfältige und chancengerechte Gesellschaft, die die Würde und Teilhabe für jeden Menschen, egal welcher Herkunft, Hautfarbe oder Religion umfassend anerkennt, fördert und verteidigt.

Wir stellen uns gegen jeglichen Extremismus, der die Würde und den Wert des Einzelnen oder ganzer Gruppen verneint und verletzt. Dafür setzen wir auf einen starken Staat, der präventiv und konsequent gegen Rechtsextremismus und Rassismus vorgeht, seine Bürgerinnen und Bürger wirksam schützt und Opfer von Gewalt nicht alleine lässt.

Deshalb begrüßt das Integrationsnetzwerk der CDU Deutschlands die Einsetzung des Kabinettausschusses gegen Rechtsextremismus und Rassismus vom 20. Mai und das Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität vom Oktober 2019.

Die Vielfalt unserer Gesellschaft als Selbstverständlichkeit anzuerkennen und diese wertzuschätzen, ist die beste Prävention. Fest steht: der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus ist eine Daueraufgabe, die unsere Gesellschaft als Ganzes in die Verantwortung nimmt. Wir wollen ein gesellschaftliches Bewusstsein fördern, das dem Hass gegen Mitmenschen den Wert der Vielfalt entgegensetzt. Dabei muss auch der Bund mit gutem Beispiel voran gehen, indem er die interkulturelle

Öffnung des öffentlichen Dienstes messbar forciert, sowie die Weiterbildung und Kompetenzentwicklung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konsequent fördert. Das schafft Vertrauen in die staatlichen Behörden, fördert die Identifikation mit unseren demokratischen Institutionen und verbessert die Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund.

Zugleich ist Deutschland als Exportnation in der Mitte Europas auch auf Menschen angewiesen, die ihr Fachwissen und ihre Fähigkeiten bei uns einbringen und für sich und ihre Familien eine Zukunft in unserem Land aufbauen wollen. Auf diese Weise entsteht aus Vielfalt Wohlstand, von dem alle Menschen in Deutschland profitieren.

Als Integrationsnetzwerk der CDU Deutschlands verpflichten wir uns dazu, den Kampf gegen Rassismus, Hass und Ausgrenzung mit Ideen, Konzepten und Forderungen aktiv zu führen und die Akzeptanz einer vielfältigen, modernen und attraktiven Einwanderungsgesellschaft zu fördern.